



Regierungsratsbeschluss vom 17. Juni 2014

Schriftliche Anfrage Jürg Meyer betreffend neue Arbeitsintegration für Menschen mit Berufsverboten wegen Straftaten an Kindern oder an zum Widerstand unfähigen Personen

P145251

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

In der Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses hält der Regierungsrat fest, dass Personen, welche wegen Straftaten an Kindern nicht mehr mit Jugendlichen arbeiten dürfen, durchaus einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, dies aber nicht als Spezialfall gelten muss ist. Die umfangreichen arbeitsmarktlichen Massnahmen können sehr oft helfen, die Chancen auf eine neue Arbeit deutlich zu erhöhen.

